

Kriegstagung des Reichstages.

Eisenbahnkriegssteuer und Ausnahmeverfügungen.

Budapest, 24. Januar.

Finanzminister Johann v. Teleky beantwortete heute die Einwürfe, die gestern im Abgeordnetenhaus gegen die Eisenbahnkriegssteuer erhoben wurden. Er kennzeichnete eingehend die Notwendigkeiten, die dazu führten, daß nicht eine Tarifierhöhung, sondern eine Steuer beschlossen wurde. Die Beziehungen, in denen die Vorlage zu den entsprechenden österreichischen Einrichtungen steht, fanden in den Ausführungen des Ministers klare Beleuchtung. Nach einer verkehrs- und steuerpolitischen Wertung der entscheidenden Faktoren kam der Minister zu der befriedigenden Feststellung der Zulänglichkeit und Zulässigkeit der Vorlage. Im Laufe dieser Ausführungen fand der Minister Gelegenheit, auf die günstige Investitionspolitik der Regierung hinzuweisen. Er kam am Schlusse seiner Ausführungen auch zur Frage der Refaktien. Die Refaktien sind sehr wichtige wirtschaftliche Einrichtungen, die allerdings nur dem Gemeinwohl dienen dürfen. Seit dem Jahre 1909 bis heute ist die Zahl der Refaktien von 200 auf 73 gesunken. Zahlenmäßig konnte der Minister feststellen, daß die Refaktien heute Gemeinwohl dienen und unter allgemeiner Heiterkeit antwortete er auf den oppositionellen Vorwurf betreffend die Lebensmittelfraktien, daß diese zur Zeit der Koalition allerdings bestanden, heute aber aufgehoben sind. Lauter Beifall folgte seinen Worten.

Das Haus nahm den Entwurf im allgemeinen an. Die Spezialdebatte, an der sich Finanzminister Johann v. Teleky, Berichterstatter Baron Géza Pap, Julius Gódy, Graf Moriz Esterházy und Béla Mezöffy beteiligten, gebiet bis zur Annahme der ganzen Vorlage. Um 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl v. Szász eröffnet die Sitzung um dreiviertel 11 Uhr.

Als Schriftführer fungieren: Rabizsáns Aladár, Paul Szász, Koloman Szólla.

Die Petitionen der Budapest und Nagybáráder Familienvereine betreffend die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen werden an den Petitionsausschuß gewiesen.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Eisenbahnkriegssteuer und die Erhöhung der Stempelgebühr der Transporturkunden.

Finanzminister Johann v. Teleky:

Der überwiegende Teil der Argumente, die gegen den Gesetzentwurf vorgebracht worden sind, macht den Eindruck, als ob die oppositionellen Redner dem Krieg und dessen wirtschaftlichen Folgen nicht Rechnung trügen. Die vorgebrachten Argumente könnten vielleicht in Friedenszeiten bestehen, jetzt aber werden sie vollständig durch den Umstand paralytisiert, daß im Kriege die Kaufkraft des Geldes abgenommen hat, so daß, wenn die ungarische Volkswirtschaft vor dem Kriege den bisherigen bestehenden Tarif entzogen konnte, sie die dreißigprozentige Erhöhung der Tarifgebühren, solange die alte Kaufkraft des Geldes nicht hergestellt ist, ohne Schwierigkeiten wird ertragen können. Es ist hier nur im geeigneten Augenblick von der Ausnützung einer provisorischen Einnahmsquelle die Rede. Die Vorlage muß von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet werden. Ein Redner hat der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie diesen Gesetzentwurf unter dem Einfluß der österreichischen Regierung ausgearbeitet hätte. Das entspricht nicht den Tatsachen. Es ist hier von einer vollständig unabhängigen, selbständigen Verfügung die Rede, allerdings in einer Frage, in der bei den engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ungarn und Österreich und infolge der gegenseitigen Wirkung, die die Volkswirtschaft beider Staaten aufeinander übt, in keinem Staate Verfügungen getroffen werden können, ohne zu berücksichtigen, was in dem anderen Staate in dieser Beziehung verfügt werden wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Gesetzentwurf eine ganz andere Wirkung ausüben würde, wenn in dem mit uns im engen wirtschaftlichen Zusammenhang stehenden Österreich nicht ähnliche Verfügungen getroffen würden, womit keineswegs gesagt sein soll, daß wir dies nicht ohne Österreich oder Österreich ohne uns hätten durchführen können. Vom Standpunkte unserer Volkswirtschaft ist es jedenfalls viel erprießlicher, daß auch in Österreich ähnliche Maßnahmen getroffen worden sind. So wurden mit der österreichischen Regierung in dieser Frage Verhandlungen gepflogen und bei diesen Beratungen festgestellt, daß eine dreißigprozentige Erhöhung durch beide Regierungen gebilligt werden kann; doch hat in dieser Beziehung keiner der beiden Staaten irgendeine Verpflichtung gegenüber dem anderen übernommen. Den Gegenstand der Beratung bildete längere Zeit hindurch die Frage, ob diese Erhöhung durch Erhöhung der Tarif- oder durch Einführung einer Kriegsteuer erfolgen soll. Der Finanzminister hat von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß nur eine Steuer in Betracht gezogen werden darf. Diesen Standpunkt nahm auch die österreichische

Regierung an, die anfangs eine 15prozentige Steuer und eine 15prozentige Tarifierhöhung einführen wollte. Von der 30prozentigen Steuer hat der ungarische Staat einen viel größeren Nutzen als von der 30prozentigen Tarifierhöhung, denn im letzteren Fall würde bei den unter der Verwaltung der Staatsbahnen befindlichen Lokalbahnen nur die Hälfte der Mehreinnahmen den Staatsbahnen zufließen, die andere Hälfte aber den Kapitalistengruppen, deren besondere Begünstigung ein oppositioneller Redner dem Minister zum Vorwurf machte. Zugleich will der Finanzminister feststellen, daß er die 30prozentige Steuer in vollem Einvernehmen mit dem Handelsminister eingeführt hat. Graf Moriz Esterházy hat die Frage an den Minister gerichtet, welche Garantien wir besitzen, daß diese Verfügungen auch in Österreich bis zum Jahre 1920 in Kraft bleiben werden. Solche Garantien besitzen wir nicht. Die Forderung solcher Garantien wäre auch nicht zulässig. Die wirtschaftlichen Interessen Österreichs sind aber im großen und ganzen identisch mit den unsrigen, und es kann demnach nicht damit gerechnet werden, daß in Österreich diese Maßnahme über Nacht aufgehoben werde. Sollte dennoch dieser Fall eintreten, so wird es die Aufgabe der ungarischen Regierung und des ungarischen Parlaments sein, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. (Zustimmung rechts.)

Den größten Angriffen war der § 3, der die Begünstigungen enthält, ausgesetzt, namentlich die Verfügung, daß ein Teil der durch die Lokalbahnen erzielten Mehreinnahmen den Lokalbahnen vergütet werden kann. Die oppositionellen Redner sprachen von einem Geschenk an die Privatunternehmer. Die Unternehmungen hätten aber ein viel besseres Geschäft gemacht, wenn eine 15prozentige Steuer und eine 15prozentige Tarifierhöhung durchgeführt worden wäre. Der Minister war demnach bestrebt, für den Staat aus dieser Quelle die größten Einnahmen zu sichern, allein es mußte auch auf die erworbenen Rechte einzelner Privatunternehmungen Rücksicht genommen werden.

Abgeordneter Julius Gódy: Wo ist die Grenze?

Finanzminister Johann v. Teleky (fortfahrend): Hätten Sie den Gesetzentwurf gewissenhaft durchgelesen, so würden Sie diese Grenze gefunden haben. Die Begünstigungen erstrecken sich auf drei Gruppen von Bahnen. Was zunächst die Gruppe der sogenannten gemeinsamen Hauptbahnen betrifft, so stand seit dem Jahre 1867 die Regierung auf dem Standpunkt, daß diese Bahnen, die ja zum großen Teil unseren Export vermitteln, bei der Tarifbildung in Ungarn ebenso behandelt werden sollen, wie in Österreich um zu verhindern, daß diese Bahnen in Ungarn höhere Tarife fordern. Auch die in diesem Gesetzentwurf enthaltenen Verfügungen sind nur in dem Maße durchgeführt worden, das erforderlich ist, damit die Einheitlichkeit des Gütertarifs auf den ungarischen und den österreichischen Linien aufrechterhalten bleibt. Selbstverständlich sind diese Verfügungen auf Grund einer Vereinbarung mit der österreichischen Regierung erfolgt. Wenn es nun richtig ist, daß wir die Erhöhung der Betriebsausgaben dieser Gruppe in Berücksichtigung zogen, mußten wir auch dafür Sorge tragen, daß die in selbständiger Verwaltung stehenden ungarischen Eisenbahnen eine ähnliche Begünstigung erhalten, und zwar nur bis zu der Grenze, daß die Zunahme ihrer Betriebsausgaben darin eine Deckung findet. Bei der dritten Gruppe ist von einer großen Zunahme der Betriebsausgaben nicht die Rede, ebensowenig aber von irgend einer Verletzung erworbener Rechte, wie manche der oppositionellen Redner behaupten. Es ist ein großer Irrtum, anzunehmen, eine fünfprozentige Dividende sei ein erworbenes Recht. Ebenso unbedeutend ist der Vorwurf, daß wir aus öffentlichen Geldern eine 4 1/2prozentige Verzinsung sicherstellen wollen. Wir gestatteten nur, daß die in der Verwaltung einer anderen Eisenbahn befindlichen Bivalbahnen, bei denen die auf Grund der Konzessionsurkunden bewilligten Erhöhungen in den Jahren, in denen die Eisenbahnkriegssteuer eingehoben wird, nicht hinreichen, um nach ihren Prioritätsaktien eine 4 1/2prozentige Dividende zu zahlen, die erwähnte Begünstigung erhalten, allein auch dies nur bis zu der Grenze, innerhalb deren die Konzessionsurkunden noch die Möglichkeit zu einer Tarifierhöhung bieten. Sollte das Abgeordnetenhaus der Meinung sein, daß eine fünfprozentige Verzinsung richtiger wäre, so habe der Minister nichts dagegen, ebenso wie er einen Antrag anzunehmen geneigt ist, daß die Regierung verpflichtet werden soll, über die auf Grund des § 3 erteilten Begünstigungen dem Abgeordnetenhaus Bericht zu erstatten. (Zustimmung rechts und links.) Doch möchte der Minister bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Einheitlichkeit des öffentlichen Lebens nicht nur darin besteht, daß die Handlungen herjenigen, die die Macht innehaben, einwandfrei seien, sondern daß auch die Opposition nicht unbegründete Verdächtigungen erhebe. (Lebhafter Beifall rechts.) Was den Vorwurf betrifft, daß auch in dieser Vorlage der Unimpotenz des Ministers weiter Spielraum gegeben ist, so gibt dies der Minister zu, allein es liegt dies im Interesse der Sache, denn je höher die Steuerlast ist, umso eher müsse mit gewissen Nuancen gerechnet werden, die nicht vorausgesehen werden konnten, so daß nichts anderes übrig bleibt, als daß der Regierung gewisse Freiheiten eingeräumt werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Der Abgeordnete Mezöffy hat gestern abends persönliche Angriffe gegen den Minister gerichtet und ihm Engherzigkeit, ja wie er sich ausdrücken beliebte, „Schmugerei“ vorgeworfen. Der Minister hat bereits in dieser Beziehung erklärt, er lege kein Gewicht darauf, in welcher Weise man seine Person beurteile. Allein er schulde es der Regierung und der Partei, der er angehört, sich gegen diese Angriffe zu wehren, damit nicht die seiner Person imputierten Eigenschaften auf die Regierung und auf die Mehrheitspartei übertragen werden. Zunächst will er feststellen, daß gerade, seitdem er an der Feststellung des Budgets teilzunehmen die Ehre hat, die Ausgaben im allgemeinen, namentlich aber die Kosten für soziale und kulturelle Zwecke wie für die Investitionen der Staatsbahnen riesige Erhöhungen erfahren haben. Er stellt nicht in Abrede, daß er bei gewissen Verhandlungen auch gegenüber dem Abgeordneten Mezöffy (Weiterkeit rechts) sich nicht besonders entgegenkommend gezeigt hat. Allein, dies ist die Pflicht eines jeden Staatsmannes, der auch für die Deckung der Ausgaben zu sorgen hat. Niemand, der eine öffentliche Stellung bekleidet, darf die öffentlichen Gelder in leichtsinniger Weise verwalten, nur um der Wahrung seiner Volkstümlichkeit willen. (Lebhafter Beifall rechts.) Dazu war Redner nie zu haben. Bei der Verwaltung der Staatsgelder muß man sich an feste Prinzipien halten.

Was die sozialen Gesichtspunkte und die Lage der Beamten betrifft, so macht Redner nur darauf aufmerksam,

daß eine Familienzulage nirgend eingeführt ist und viele auswärtige Staaten bei uns um die Uebermittlung des diesbezüglichen Materials angeht. Auch sei nirgend in Europa ein so liberales Pensionsgesetz wie in Ungarn. An beiden gesetzgeberischen Arbeiten nahm der Minister teil, und infolgedessen muß er sich dagegen verwahren, daß man ihm diese unsympathischen Eigenschaften imputiere und diese Eigenschaften dann auf die gesamte Regierung verallgemeinere, deren Exponent Redner ist. (Lebhafter Beifall rechts.) Was die Lage der Staatsbahnangeestellten betrifft, so darf dies keineswegs mit diesem Gesetzentwurf in Verbindung gebracht werden, wie ja Redner stets dagegen Stellung nahm, daß man die materielle Lage der Staatsbahnangeestellten mit den Einnahmen der Staatsbahnen verknüpfe. Der Staat muß für die Gehälter der Staatsbahnangeestellten in derselben Weise sorgen, wie für die der anderen Kategorien der Staatsangeestellten. Redner gibt zu, daß die Staatsbahnangeestellten einen sehr schweren Dienst zu leisten haben, aber auch der Dienst der Gendarmen, der Grenzpolizei und der Grenzfinanzwache ist über jedes Lob erhaben. Jedenfalls muß festgestellt werden, daß nirgend während des Krieges weitergehende Unterstützung den Staatsangeestellten gewährt wurde als in Ungarn.

Der Abgeordnete Béla Mezöffy hat dem Minister auch Engherzigkeit gegenüber den Investitionen der Staatsbahnen vorgeworfen. Redner hat schon wiederholt erklärt, daß die Investitionen in den letzten Jahren vor dem Kriege viel größer waren als früher. Auch jetzt stehen noch über 200 Millionen Kronen, die zu Investitionszwecken bewilligt worden sind, den Staatsbahnen zur Verfügung, das bedeutet, daß die Staatsbahnen seit Jahren den ihnen bewilligten Investitionskredit nicht voll in Anspruch nehmen konnten. Die Investitionen nach dem Kriege werden nicht von der Geldfrage, sondern von dem zur Verfügung stehenden Material und den Arbeitskräften abhängen. Was während des Krieges an Investitionen durchgeführt worden ist, darüber kann sich der Minister aus verschiedenen Gründen nicht äußern und will nur bemerken, daß alle zur Verfügung stehenden Kräfte in dieser Beziehung mobilisiert waren und in den heimischen Fabriken alles hergestellt wurde, was nur hergestellt werden konnte. Ja, es wurden selbst im Auslande Bestellungen gemacht, wozu sich der Minister aus bekannten Gründen nur schwer entschließen konnte. Auch bezüglich der Entlastung der Budapest-Lassenbahnhöfe ist alles durchgeführt worden, was durchgeführt werden konnte. Weitergehende Maßnahmen konnten aber in Anbetracht der gegenwärtigen Lage selbstverständlich nicht getroffen werden. Was die Ausnützung des Donauweges betrifft, so müssen wir darüber im klaren sein, daß unsere Wasserstraßen nur in geringem Maße den Eisenbahnverkehr ersetzen können. Indessen ist hinsichtlich der Ausnützung der Donau während des Krieges alles geschehen, was geschehen konnte, namentlich im Interesse der Sicherstellung der rumänischen Getreidezufuhr entwickelte sich ein sehr starker Verkehr bis Jimony. Die Schiffsahrtunternehmungen konnten in jeder Hinsicht ihren Aufgaben gerecht werden.

Zum Schluß beschäftigte sich der Minister mit der Frage der Refaktien. In der öffentlichen Meinung wird in der letzten Zeit diese Frage sehr häufig besprochen, obwohl sie eine sehr komplizierte wirtschaftliche Frage ist und man sich damit nur auf Grund entsprechender Vorstudien beschäftigen sollte. Der Minister hätte nie geglaubt, daß er einmal in die Lage kommen sollte, die Frage der Refaktien zu verteidigen. Der Minister habe seine ihm von der Opposition vorgeworfene Meinung, mit dem Beifall zu arbeiten, bei den Refaktien ebenso zur Geltung gebracht, wie auf anderen Gebieten, wenn dies im öffentlichen Interesse gelegen war. Und er muß feststellen, nie mit so günstigem Ergebnis, wie seitdem Baron Johann Harlányi an der Spitze des Handelsministeriums steht. Das bedeutet aber keineswegs, daß alle Refaktien abgeschafft werden sollen. Im Gegenteil. Die Refaktien bilden eine sehr wichtige wirtschaftliche Waffe, deren richtige Benützung für das Land von großem Nutzen ist. Man darf die Refaktien nicht hinstellen, als ob sie einen illegitimen Nutzen bilden, als ob sie ein Geschenk der Regierung an gewisse Personen darstellen würden. Dem Wunsche des Abgeordneten Mezöffy, die Regierung möge über die erteilten Refaktien ausführliche Rechenschaft ablegen, kann nicht entsprochen werden. Die Refaktien werden nicht gewissen Personen, sondern für gewisse Relationen erteilt. Die gegenwärtige Regierung hat die Zahl der Refaktien bedeutend eingeschränkt. Im letzten Jahre der Koalitionsregierung, im Jahre 1909, wurden 272 Refaktien erteilt; am Schluß des Jahres 1916 gab es nur noch 100 Refaktien. In diesem Jahre wurden bereits 27 Refaktien zurückgezogen, so daß es jetzt insgesamt nur 73 Refaktien gibt. (Weiterkeit rechts. Lärm links.) Die absoluten Zahlen bedeuten wohl nichts, aber jedenfalls ist die Zahl 73 kleiner als die Zahl 272. (Weiterkeit rechts. Lärm links.) Im Jahre 1909 gab es 73 sogenannte Expeditionsrefaktien, die einzelnen Firmen erteilt wurden; jetzt existiert nur eine einzige. Was die Lebensmittelfraktien betrifft, so haben diese tatsächlich mit dem 1. Januar d. J. aufgehört. Gegen diese Refaktien hat der Finanzminister stets Stellung genommen, und zwar wegen Verhaltens der Aderbauminister, und auch der Abgeordnete Béla Mezöffy hat als Staatssekretär für diese Refaktien Stellung genommen.

Abgeordneter Béla Mezöffy: Das ist nicht wahr.

Finanzminister Johann Teleky (fortfahrend): Wahr ist, daß im Jahre 1906 diese Refaktien bestanden, wahr ist, daß ich diese Refaktien stets bekämpft habe, und wahr ist, daß der jeweilige Aderbauminister stets für diese Refaktien eingetreten ist. Was die Gewährung der Refaktien an die Baugrillgesellschaft betrifft, so entspricht es den Tatsachen, daß Handelsminister Baron Johann Harlányi diese Refaktien erteilt hat. Allein, er war hiezu durch ein Versprechen veranlaßt, das der Handelsminister der Koalitionsregierung im Jahre 1909 diesem Unternehmen für den Fall gegeben hat, daß dieses Unternehmen Aluminium herstellt. (Lebhafte Weiterkeit rechts. Lärm links.) Im übrigen bilden die Aluminiumlieferungen nach Deutschland ein sehr großes wirtschaftliches Interesse Ungarns. Diese Begünstigung hört indessen am 1. Februar schon auf, und ich kann erklären, daß diese Verfügung schon vor dem gestrigen Tage getroffen worden ist. (Lebhafter Beifall rechts.) Gewiß hat die Regierung im Jahre 1909 bei der Erteilung der Refaktien nicht gewisse Interessengruppen, sondern ausschließlich die Interessen des Landes in Berücksichtigung gezogen. Wie ich überhaupt fest überzeugt bin, daß